

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



José Cuevas, Sprecher von der SOC aus Almeria mit Landarbeiter-innen und Aktivist-innen in Beaucaire, Südfrankreich.

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

MIGRATION/LANDWIRTSCHAFT

Rechte ohne Grenzen

Anfang Oktober trafen wir uns im Departement Bouches du Rhône in Südfrankreich, um unser halbjährliches Treffen des Europäischen BürgerInnenforums (EBF) abzuhalten. Dieses Mal waren auch Freunde und Freundinnen der SOC-SAT¹ von Almeria, vom Codetras², sowie vom Kollektiv «Derechos Sin Fronteras» aus der Region und von Sezoni³ aus Österreich eingeladen, um sich kennenzulernen und ihre Erfahrungen auszutauschen.

«Derechos Sin Fronteras» ist ein Kollektiv von fünfzehn Personen, Saisonarbeiter-innen und Aktivist-innen, die sich miteinander organisieren, um eine wöchentliche Rechtsberatung in Beaucaire anzubieten, einer Kleinstadt im Departement Gard, im Herzen einer landwirtschaftlichen Region, in der die Ausbeutung von Menschen und von Land auf der Tagesordnung steht. Bei dem EBF-Treffen konnten sie die Freund-innen der SOC um Rat bezüglich der Unterstützung von Saisonarbeiter-innen in der Landwirtschaft fragen; sie hat seit über zwanzig Jahren Erfahrung in diesem Bereich und die Situation in den Bouches du Rhône ähnelt immer mehr der im Plastikmeer von Andalusien. In diesem Artikel wollen wir Sie mit der jungen Anlauf- und Beratungsstelle in Beaucaire bekanntmachen.

Ab den 2000er Jahren begann die französische Landwirtschaft, insbesondere über spanische Dienstleister und vor allem von April bis September auf entsandte Arbeitnehmer-innen zurückzugreifen.

Der Kontext in Beaucaire

Ein Teil dieser Arbeitskräfte lateinamerikanischer Herkunft liess sich nach und nach in den Departements Languedoc-Roussillon, Vaucluse und Bouches du Rhône nieder, nachdem sie die doppelte spanische Staatsbürgerschaft erhalten hatten, die ihnen die Möglichkeit gab, direkt von französischen Arbeitgebern eingestellt zu werden. Im Departement Gard wurde die Stadt Beaucaire aufgrund ihrer strategischen geografischen Lage für die Beschäftigung in der Landwirtschaft und ihres

kostengünstiges Stadtzentrums zur wichtigsten Ankerstadt für Landarbeiter-innen südamerikanischer Herkunft. Hier befindet sich also ein Pool von Arbeitskräften, die für den saisonalen Bedarf von Gemüse-, Gartenbau- und Weinbaubetrieben oder auch für Verpackungsbetriebe für Obst und Gemüse in einem relativ grossen Umkreis zur Verfügung stehen. Obwohl sie mit französischen Arbeitsverträgen eingestellt wurden, durch welche sie auf soziale Rechte in Frankreich Anspruch haben, wurden viele dieser eingebürgerten spanischen Arbeitnehmer-innen in ihren Rechten verletzt, da die Behörden nicht in der Lage oder nicht willens waren, die Neuankömmlinge zu begleiten. Die Sprachbarriere macht es Letzteren nahezu unmöglich, ihre Rechte geltend zu machen, und viele Unternehmen nutzen diese grossen Schwierigkeiten, um die Arbeitnehmer-innen ungestraft auszubeuten.

Während die Präsenz der südamerikanischen Gemeinschaft in der Region immer sichtbarer wird, äussert sich mehr und mehr Rassismus in verschiedenen Formen in allen institutionellen und sozialen Bereichen. Insbesondere der rechtsextreme Bürgermeister von Beaucaire hat Massnahmen gegen die lateinamerikanische Gemeinschaft ergriffen wie die verstärkte Überwachung von Sport- und Party-Treffpunkten der ecuadorianischen Gemeinschaft («Canchas») und die Schliessung lateinamerikanischer Einrichtungen, die mit einem «Kampf gegen Unzivilisiertheit» begründet wurde. Ausserdem haben rassistische Äusserungen gegen die lateinamerikanische Gemeinschaft in den lokalen sozialen Netzwerken zugenommen.

Entstehung der Anlaufstelle

In den letzten Jahren haben Begegnungen mit Arbeiter:innen in landwirtschaftlichen Betrieben, auf Canchas oder in den Strassen von Beaucaire deutlich gemacht, dass überall in der Region (Bouches du Rhône, Gard, Vaucluse...) ein dringender Bedarf an Zugang zu Informationen und Rechten besteht. Nach langer und vergeblicher Suche wurde einer Vereinigung ecuadorianischer Arbeitnehmer:innen, «Latinos Sin Fronteras» (LSF), im Herbst 2021 endlich ein Raum im Stadtzentrum von Beaucaire von Privatpersonen zur Verfügung gestellt. Der Zugang zu diesem Raum ermöglichte der Organisation, an den Abenden der Woche Französischkurse anzubieten und samstags eine Rechtsberatung einzurichten. Ein Kollektiv von Personen, darunter Landarbeiter:innen, Mitglieder von LSF und Codetras, bildete sich, um das Projekt der Rechtsberatung in spanischer und französischer Sprache voranzutreiben: «Derechos Sin Fronteras» (DSF) war geboren.

Didaktisches Lernen

Das Kollektiv DSF vereint Kompetenzen in den Bereichen Arbeitsrecht, Kranken- und Arbeitsversicherung, sowie Gewerkschaftsrecht. Um das Wissen innerhalb des Kollektivs zu teilen, haben wir Selbst-Lern-Workshops eingerichtet, ausgehend von unseren eigenen Kenntnissen, aber auch durch die Inanspruchnahme externer Kompetenzen, je nach den von den Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmern des Kollektivs geäußerten Bedürfnissen. In Zusammenarbeit mit einer Jurist:innenvereinigung aus Marseille haben wir mehrere Workshops zum Ausländerrecht organisiert, an denen rund 40 Personen teilnahmen.

Seit April dieses Jahres trifft sich jeden Samstag von 16.30 bis 18.30 Uhr eine unterschiedlich grosse Gruppe von landwirtschaftlichen Arbeitnehmer:innen und Unterstützer:innen und empfängt, jeweils zu zweit und zweisprachig, Personen, die sich mit den unterschiedlichsten Problemen an die Beratungsstelle wenden, da es ganz klar in Beaucaire und im gesamten Departement keine institutionelle Unterstützung gibt. Die Fragen betreffen hauptsächlich das Arbeitsrecht (Arbeitsunfälle, unbezahlte Arbeitsstunden, Schwarzarbeit, Berufskrankheiten), die sozialen Rechte (Sozialversicherung, Arbeitslosigkeit, Zugang zu Wohnraum), das Ausländerrecht (Familien- und Kindeszusammenführung, Regularisierung), zur Bildung (Schule, Studium) und zu allen Arten von Behördengängen, die aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse fast unmöglich sind (Steuererklärung usw.). Die Arbeitsweise der Anlaufstelle entwickelt sich je nach den Bedürfnissen der Betroffenen. Ein gemeinsamer Dialog am Ende der Sprechstunden ermöglicht einen Austausch über die am selben Tag angetroffenen Situationen und ihre möglichen Lösungen. Auch die ratsuchenden Personen können sich an dieser gemeinsamen Lösungsfindung beteiligen, um später auch anderen helfen zu können. Diese Organisationsform entspricht einem der Hauptziele der Anlaufstelle, nämlich zur Verbreitung von Wissen und zur Ausübung der Rechte der Arbeitnehmer:innen beizutragen.

Die meisten Formalitäten müssen unter der Woche während der Öffnungszeiten der

Behörden erledigt werden und erfordern eine gewisse Verfügbarkeit der Mitarbeiter:innen. Die Besonderheit und Einzigartigkeit jeder Migrationsgeschichte und -route (zwischen dem «Herkunftsland», dann Spanien und Frankreich) erfordert oft eine extra Begleitung unter der Woche, insbesondere durch (schriftliche oder mündliche) Gespräche mit den verschiedenen Sozial- und Bildungseinrichtungen, Ärzten, Arbeitgeber:innen usw. Manche Situationen werden an die wenigen freiwilligen Fachkräfte der Anlaufstelle weitergeleitet. Bei einem monatlichen Treffen des gesamten Teams besprechen wir organisatorische und inhaltliche Fragen wie z.B. langfristige Betreuungen. In letzter Zeit hat jedoch die Reaktion auf dringende Bedürfnisse all unsere Zeit in Anspruch genommen.

Was sind unsere Ziele?

Die Bildung eines Kollektivs aus Aktivist:innen und Landarbeiter:innen entstand aus dem Willen und den Bedürfnissen dieser Personen, sich gemeinsam zu organisieren, um die Arbeits- und Niederlassungsbedingungen in Frankreich zu verbessern und um die Rechte von Landarbeiter:innen in landwirtschaftlichen Betrieben wirksam zu machen. Nach und nach bilden sich eine Gemeinschaft und starke Bindungen heraus, die hoffentlich als Grundlage für zukünftige kollektive Aktionen dienen werden. Das ist zumindest die Wette, die wir eingehen. Langfristig wollen wir zur Entstehung von Gewerkschaftsformen in der Landwirtschaft beitragen, die dem Arbeitsumfeld angepasst sind.

Wir möchten, dass die Anlaufstelle für alle Arbeitnehmer:innen in landwirtschaftlichen Betrieben zugänglich ist, unabhängig von ihrer administrativen Situation. Insbesondere auch für Arbeitnehmer:innen, die auf Betrieben weit entfernt vom Zentrum Beaucaires untergebracht sind und keinen Zugang zu einem Transportmittel haben. Wir planen daher, eine telefonische Hotline einzurichten und regelmässige Treffpunkte auf den Parkplätzen von Supermärkten zu organisieren, zu denen die Arbeitnehmer:innen einmal pro Woche von ihren Vorgesetzten zum Einkaufen gebracht werden. Wir möchten, dass sich die Anlaufstelle auf Rechtsfragen (Arbeit, Aufenthalt) konzentriert und Formen des kollektiven Kampfes unterstützt. Wir möchten uns auch am Aufbau eines europäischen Netzwerks zum Arbeitsrecht beteiligen, das Unterstützungsgruppen, Gewerkschaften und relevante Institutionen (Arbeitsaufsicht, Landarbeiter:innenversicherung usw.) umfasst, insbesondere zwischen Frankreich und Spanien.

Amandine, Janeth, Béa, Alice
für Derechos Sin Fronteras

1. SOC-SAT: Unabhängige Landarbeiter:innengewerkschaft in Andalusien
2. Codetras: «Collectif de défense des travailleurs/travailleuses étrangers/ères dans l'agriculture» (Kollektiv zur Verteidigung ausländischer Arbeitnehmer:innen in der Landwirtschaft)
3. Sezoneri: Initiative für die Einhaltung der Rechte von Erntearbeiter:innen in Österreich und für faire Arbeitsbedingungen.

LIBANON

Auf der Asche des Systems

Auf Einladung unserer Freundinnen und Freunde von Buzuruna Juzuruna (Unsere Samen sind unsere Wurzeln) verbrachten wir vom 11. bis 21. September zehn Tage in der libanesischen Bekaa-Ebene in einer grünen Oase menschlicher Gastfreundschaft.

Seit sechs Jahren betreibt das Team von Buzuruna Juzuruna (BJ), das aus Libanes:innen, syrischen Geflüchteten und Französ:innen besteht, auf einem zwei Hektar grossen Bauernhof in Saadnayel in der Nähe von Zahlé eine Vielzahl von Aktivitäten: Saatgutproduktion, Suche nach lokal angepassten Sorten, Verkauf von Gemüsekörben und Blumensträussen in Beirut, verschiedene Schulungen (Kompost, natürliche Behandlungsmethoden, Saatgutgewinnung), Unterstützung von syrischen Geflüchteten in Lagern, Aktivitäten für Kinder (Zirkus in einem Zelt), ein weiterer Garten in Saadnayel, der von rund 20 Familien bewirtschaftet

wird; Unterstützung von Bauerninitiativen in Syrien.

Die Leute von BJ sind eng mit den Bewegungen verbunden, die an der «Revolution» beteiligt waren, welche im Oktober 2019 ausgebrochen war. Mehrere Monate lang wurden die Plätze in vielen Städten besetzt und unter anderem wurde die Frage der Ernährungssouveränität aufgeworfen. BJ wird im Libanon immer bekannter. Sie bieten oft Filmabende an und organisieren jedes Jahr ein Festival und Treffen auf dem Hof. Viele Menschen wenden sich mit diversen Anfragen an sie. Das Land, das sie bearbeiten, ist jedoch gepachtet und sie



wissen nicht, ob sie die Pacht verlängern können. In Saadnayel gilt der Pachtvertrag noch sechs Jahre.

Die Freundinnen und Freunde von BJ sind zu einem Punkt gekommen, an dem sie viel darüber nachdenken, wie sie ihr Projekt weiterentwickeln können. Sie wollten Abstand gewinnen und sich über die positiven und negativen Aspekte ihres Projekts und seiner Funktionsweise austauschen. Sie wollen ein Netzwerk von Saatgutproduktionsstätten in verschiedenen Regionen des Landes aufbauen, um ihre Sammlungen dauerhaft zu erhalten. Deshalb luden sie uns und Biaugeme, ein atypisches und originelles Saatgutunternehmen aus dem Departement Lot-et-Garonne, zu sich ein.

Projekte und Begegnungen

Seit einem Jahr bringt das von BJ initiierte Netzwerk Saatgutproduzent-inn-en an fünf sehr unterschiedlichen Orten mit ungleichem Wissen und Können zusammen. Ein wichtiger Teil unseres Programms bestand darin, diese Gruppen oder Einzelpersonen zu treffen, uns mit ihnen auszutauschen und gemeinsam über eine geeignete Form des Netzwerks nachzudenken; mit welchen Strukturen oder Mechanismen für Koordination, Ausbildung und Wirtschaft. Wir konnten vier dieser Projekte kennenlernen. Die meisten werden von jungen, eher städtischen Menschen geführt, die oft auch andere Berufe ausüben, aber Alternativen und Hoffnungsschimmer in einem Land schaffen wollen, das von einer unvorstellbaren Krise heimgesucht wird. In einer Zeit, die von einer sehr starken Auswanderung geprägt war, entschieden sich viele dafür, gerade deshalb in ihre Heimat zurückzukehren, um zur Entstehung anderer Perspektiven beizutragen, die mit den Forderungen und Träumen der Revolution verbunden sind.

Zwei der Projekte werden von Kollektiven geführt, eines in 1500 Metern Höhe und das andere an einem wunderschönen Bergort mit einem Bach, der das ganze Jahr über fließt. Die beiden anderen Projekte werden von Einzelpersonen betrieben. Eine sehr mutige junge Frau bewirtschaftet acht Dunums (zehn Dunums entsprechen einem Hektar),

unweit von BJ in Saadnayel und produziert Gemüse für den Verkauf und Saatgut für BJ. Sie ist wild entschlossen, gegen die Umweltverschmutzung zu kämpfen, die das Leben in der Bekaa verpestet.

Das andere Projekt wurde von einem älteren Bauern initiiert, der begann, sich für die Saatgutproduktion und eine naturnahe Landwirtschaft zu interessieren. Er sieht sich mit der tiefen Krise der Landwirtschaft konfrontiert, die nicht mehr einträglich ist. Er erklärte, dass vor der Krise viel Land nicht bewirtschaftet wurde, aber derzeit alles bearbeitet wird. Doch durch die Inflation werden die Preise für Betriebsmittel und importiertes Hybridsaatgut unerschwinglich. Ausserdem importieren Unternehmen Tomaten und anderes Gemüse in grossen Mengen aus Ägypten und drücken damit die Preise. Es ist dringend notwendig geworden, nicht-hybrides, lokal produziertes Saatgut zu finden. Zudem sucht er für BJ nach Land für den Getreideanbau.

Das BJ-Team und dessen Partner-innen in diesem Netzwerk waren sehr interessiert an den Beobachtungen und Vorschlägen der beiden eingeladenen Gruppen. Wie organisieren sich Saatgutnetzwerke in Frankreich, wie Kokopelli, Biaugeme oder das Netzwerk Réseau Semences Paysannes? Wie wird mit Spannungen und Konflikten umgegangen?

Hier kamen die Erfahrungen von Biaugeme besonders zu Geltung. Hier sind 27 Saatgutproduzent-inn-en von dreizehn Höfen vereint, die ein beeindruckendes Sozialmodell mit Grundsätzen wie «solidarische und unbestimmte Verantwortung», Gewinn- und Verlustbeteiligung, Gleichwertigkeit der Tätigkeiten, mehrere Kommissionen, darunter die «Garanten des Gemeinguts» oder die «Ständige Animationskommission», die die monatlichen Treffen vorbereitet und leitet, gemeinsam verwirklichen.

Wir waren von den vielen Berichten der Menschen berührt, die unsere, ins Arabische übersetzten Saatgutfilme, welche kostenlos unter www.diyseeds.org erhältlich sind, regelmässig nutzen.

Einen Tag verbrachten wir in Saida, einer grossen Stadt an der Küste südlich von Beirut, wo wir an einem «Abschiedsfest» von einem Grundstück im Zentrum der Stadt teilnahmen, auf dem in den letzten zwei Jahren ein Gemeinschaftsgarten, ein Ort für kulturelle Veranstaltungen, zum Auftanken und Spielen für Kinder entstanden war. Leider weigerte sich der Eigen-

tümer, den Mietvertrag zu verlängern, und die Gruppe sucht nun nach einem anderen Grundstück, was nicht einfach ist.

Eine vielschichtige Krise

Die verschiedenen Begegnungen ermöglichten es uns, mehrere Regionen dieses kleinen Landes zu entdecken, das zu den am dichtesten bewohnten der Welt gehört und sehr kontrastreiche Eindrücke hervorruft. Ein Land, das vom Meer und zwei Bergketten geprägt ist, mit der weiten und fruchtbaren Bekaa-Ebene, aber auch von all den Plagen, die aus einem bankrotten wirtschaftlichen, sozialen und politischen System resultieren, das kurz vor der totalen Implosion steht. Der Müll, der sich überall türmt, wird nicht eingesammelt, es gibt keine Wasseraufbereitung, was zu einer entsetzlichen Verschmutzung führt, die das Baden im Meer unmöglich macht und Flüsse und Ströme wie z.B. den Litani in Kloaken verwandelt. Hektik auf den Strassen mit rasenden Autos. Berge, die von riesigen Steinbrüchen ausgeraubt werden, um Rohstoffe zu liefern, vor allem für die Wiederaufbau-Baustellen in Syrien. Die rasante Urbanisierung, welche die Berge und die reiche Bekaa-Ebene mit tristen Gebäuden aus Beton und Leichtbausteinen überzieht, mit Fassaden aus dünnen Steinschichten, ohne jegliche Isolierung. Die täglichen Stromausfälle – in Saadnayel sind es etwa acht Stunden, in Beirut jedoch bis zu zwölf Stunden pro Tag.

Hier und da sieht man die luxuriösen Häuser der kleinen Schicht der sehr Reichen, die von der Krise profitieren, umgeben von perfekten grünen Rasenflächen und Stacheldraht. Man spürt, dass die Wut über die Unfähigkeit der herrschenden Klasse, auch nur ansatzweise eine Lösung für diese vielschichtige Krise zu finden, wächst. Doch die Energie wird vor allem auf das Überleben gerichtet. Die meisten Arbeitsplätze schaffen es kaum noch, ein halbwegs angemessenes Leben zu sichern. Taxifahrer-innen zum Beispiel können mit ihren Einkünften die Benzinkosten nicht mehr decken, denn die Inflation ist schwindelerregend hoch. Vor nicht allzu langer Zeit war ein Dollar 1.500 libanesisches Pfund wert. Heute braucht man 40.000, um einen Dollar zu erhalten. Ein 100.000 Pfund-Schein ist 2,5 Euro wert. Allein während unseres Aufenthalts stieg der Wechselkurs von 35.000 auf 40.000.

Die Allgegenwart der verschiedenen politisch-religiösen Kräfte ist überwältigend. Oft sieht man entlang der «Autobahn» (die vierspurigen Strassen, die die Bekaa und auch die Küstenregion durchziehen) an jedem Laternenpfahl über ein oder zwei Kilometer hinweg Fahnen, die der lokal vorherrschenden Kraft entsprechen. Oder die unzähligen riesigen Plakate mit den Köpfen von Politikern und Milizionären, die den zivilen und bewaffneten Arm der Hisbollah, der christlichen «Libanesischen Kräfte» usw. darstellen. Jede Nacht wird einem die Macht der Religion um vier Uhr morgens durch die Muezzins aufgezwungen, die, aus mehreren Moscheen in der Nähe, zum Gebet aufrufen.

Eine weitere wichtige Tatsache ist die Anwesenheit von etwa 1,5 Millionen syrischen Geflüchteten in einem Land mit einer Bevölkerung von vier Millionen. Mehr als die Hälfte der Geflüchteten befinden sich in der Bekaa-Ebene (800.000), wo es Arbeit gibt,



Cardon M.Arrow

vor allem in der Landwirtschaft. Geprägt von der Geschichte der palästinensischen Geflüchteten-Lager, die eine dauerhafte Präsenz schaffen konnten, lehnt die Regierung jede Formalisierung des Status der syrischen Geflüchteten-Lager ab. Es handelt sich lediglich um informelle Siedlungen mit durchschnittlich zehn Zelten, die aus Paletten und UN-Planen zusammengebastelt wurden und in der Hitze des Sommers und der Kälte des Winters für die Menschen nur schwer zu ertragen sind. Die Bekaa-Ebene liegt immerhin 1000 Meter über dem Meeresspiegel.

Wann wird es angesichts dieser Situation zur nächsten Explosion kommen? Wann werden die Menschen wieder auf die Strasse gehen? Die jüngste Serie von Banküberfällen, bei denen Sparer:innen versuchten, ihre eigene Bank dazu zu zwingen, ihnen das Geld auf ihrem Konto zurückzugeben, zeigt, dass die Passivität der Bevölkerung Grenzen hat. Gleichzeitig muss man sagen, dass die aktuelle Situation, in der das System unbestreitbar bankrott ist, paradoxerweise Offenheit, Ausichten auf Veränderungen und alternative

Wege schafft. Die meisten Menschen haben kein Vertrauen mehr in die Behörden und glauben nicht, dass die Lösung von dieser Seite kommen wird. Wir trafen zwei Freunde von Serge (Mitglied von BJ), einen in Tripolis und den anderen in Buda'i¹, die sehr stark in den Aufstand von 2019 involviert waren.

Raum zum Gestalten?

Hamze: «Es stimmt, dass es eine Massenauswanderung gibt, dass es einen Kollaps gibt, aber das Ergebnis von all dem ist, dass wir dadurch Raum zum Gestalten haben. Das bedeutet, dass man auf der Asche dieses Systems, das immer weiter zusammenbricht, sehr schöne Dinge aufbauen kann, die solider sind, weil sie nicht mehr im Rahmen der Regierung und des Regimes sind, sondern mit dem Volk, Dinge, die von unten kommen. Es muss bekannt werden, die Öffentlichkeit muss informiert werden, dass ökologische Sachen produziert werden können, welche wir gerade mit ganz wenigen Mitteln entwickeln und die vielleicht irgendwie die Menschheit retten können.»

Tamim: «Es ist eine Frage der Prioritäten, des Überlebens. Leute wie wir, die noch ein paar Privilegien haben, haben die Chance, Projekte zu starten. Es geht nicht nur darum, das wiederzubekommen, was wir verloren haben, sondern vielmehr darum, etwas aufzubauen und vorbereitet zu sein. In dem Moment, in dem es wieder losgeht – es ist praktisch unvermeidlich, dass es nicht lange in diesem labilen Gleichgewicht bleiben wird –, müssen wir stark genug sein, um präsent zu sein, wenn es darauf ankommt. Es ist eine Frage des Aufbaus. Wir können nicht einfach abwarten, bis etwas passiert, das würde uns nur deprimieren. Wir müssen weiter aufbauen.»

Martina Widmer und Nicholas Bell
EBF und Longo mai

1. Dorf in der Bekaa-Ebene, das für die Produktion von Ha-schisch berühmt ist. Unser Freund versucht heute, die Verwendung von Hanf für eine Vielzahl anderer Produkte zu entwickeln, wie Hanfmilch, Papier sowie Bau- und Isoliermaterial.

UKRAINE

Schon siebeneinhalb Monate Krieg

Nach einer längeren Pause haben wir Anfang Oktober wieder einen Brief von unserem Freund und Korrespondenten aus dem Dorf Nischnje Selischtsche erhalten, in dem er das «seltsame Leben» in Transkarpatien beschreibt. Dies war ganz kurz vor den Explosionen auf der Brücke zur Krim und den darauffolgenden massiven Bombardierungen ukrainischer Städte.

In den vergangenen Monaten kamen kaum neue Flüchtlinge hierher, aber das kann sich mit der Kälte schnell ändern. In der Region werden mehrere grosse Unterkünfte renoviert, um im Winter Flüchtlinge aufzunehmen. Die Schulbehörden wurden angewiesen, sich auf die Ankunft von Tausenden von Geflüchteten vorzubereiten. Derzeit sind in drei Schulen in unserem Gemeindeverband noch 58 Menschen untergebracht, im Frühjahr waren es noch 800. Die Menschen, die hiergeblieben sind, sind arme Leute, Alte, Kranke etc. Nur zwei Personen unter ihnen arbeiten, und zwar in einer Kabelfabrik in Chust.

Unsere Flüchtlingsunterkunft im Dorf ist im Bau; im November soll sie die ersten Vertriebenen aufnehmen. Zwei Freunde kommen dieses Wochenende aus Deutschland, um in dem alten Haus, das von unseren aus Luhansk

geflüchteten Freund:inn-en renoviert wurde und seither bewohnt wird, einen Grundofen zu bauen. Das ist schon ziemlich dringend, denn die Temperaturen sinken. Unser junger zehnjähriger Obstdgarten, der zu unserem Hof gehört, hat die grösste Dürre der letzten Jahrzehnte überstanden. Doch auch hier macht sich der Krieg bemerkbar. Mehrere Fachleute, die uns bei diesem Projekt unterstützten, sind nicht verfügbar. Ein mit uns befreundeter Bodenkundler und ein Abfülltechnologe aus der Gegend sind an der Front. Ein Agronom und Pomologe ist als Freiwilliger nach Poltawa gegangen. Wir schlagen uns also so durch und beginnen in einigen Tagen zu ernten und zu pressen. Zum Glück haben wir im vergangenen Jahr ausreichend Flaschen gekauft. Die Fabrik befindet sich in Hostomel (einem Vorort von Kyjiw) und wurde, so wie einer der wenigen Apfel-

wein-Betriebe der Ukraine (ebenfalls bei Kyjiw) im März vollständig zerstört.

Unsere Freundin N. konnte ihrem Bruder, der in Moskau lebt, helfen, das Land mit dem letztmöglichen Flug nach Bischkek, der Hauptstadt Kirgisiens, zu verlassen. Seine Frau und die beiden Kinder werden hoffentlich demnächst folgen.

Der Krieg

Die Perversität der russischen Mobilisierung kennt keine Grenzen. Besonders empörend ist die Zwangsmobilisierung der Krimtataren. Man muss befürchten, dass es ihnen nicht besser ergeht als den Rekruten aus dem besetzten Donbass, die unmittelbar als Kanonenfutter an die Front geschickt werden. Dies wird den Kriegsverlauf nicht ändern, aber es ist eine weitere Methode, um die nicht moskauhörige Bevölkerung zu terrorisieren.

Die internationalen Medien haben ausführlich über den Vormarsch der ukrainischen Armee in den Regionen Charkiw (Isjum, Kupjansk, Lyman) und in jüngster Zeit auch in Cherson und der Region Luhansk berichtet.

Wahrscheinlich haben Sie auch von der Freilassung von 215 ukrainischen Kriegsgefangenen gehört, die dieses Mal recht «günstig» für die Ukraine ausfiel, indem es gelang, den meistgehassten Oligarchen des Landes, Viktor Medwedtschuk, zu einem hohen Preis einzutauschen. Und von der «Teilmobilisierung» in Russland, die dazu führt, dass mehrere hunderttausend Männer und ganze Familien aus der Russischen Föderation vor allem nach Zentralasien fliehen.

Gleichzeitig scheint es, dass die Massaker an Zivilist:inn-en durch gezielten Raketenbeschuss immer weniger Aufmerksamkeit in den westlichen Medien erregen, ebenso wie Berichte über Folter und Hinrichtungen während der Besetzung in den kürzlich befreiten Gebieten. Im Osten nichts Neues?

Putin und seine Komplizen drohen mit dem Einsatz von Atomwaffen. Unsere Medien geben Ratschläge, wie man sich in einem solchen Fall verhalten sollte. Aber irgendwie sind wir im Moment zu beschäftigt, um darauf zu achten. Ausserdem stehen unsere Leute auf schwarzen Humor. Ein Freund sagte gestern, dass er im Falle einer Atombombenexplosion nicht den Anweisungen folgen würde, sich auf den Boden zu legen oder sich in einem Schutzraum zu verstecken. Stattdessen werde er sich aufrecht hinstellen und dem Atompilz ins Gesicht sehen, um das Spektakel zu geniessen, bevor er ohnehin sterben werde. Wer hat schon das Privileg auf einen so grossartigen Tod?

«Alle gegen Alle»

Der Menschenrechtsverteidiger Maksym Butkevych, ein langjähriger Freund von uns (siehe Arch. Nr. 317, Sept.2022) ist seit mehr als drei Monaten in Kriegsgefangenschaft. Anfang September erhielt er endlich die Gelegenheit, seine Eltern für einige Minuten anzurufen. Das russische Militär leitet ein Strafverfahren gegen ihn ein, dessen Einzelheiten er nicht kennt. Er konnte in Erfahrung bringen, dass sie ihn gegen einen ihrer Offiziere austauschen möchten, der bei der russischen Offensive auf Kyjiw, zu Beginn des Krieges, gefangen genommen wurde. Am Telefon sagte Maksym, dass mit ihm alles in Ordnung sei, was natürlich nicht viel bedeu-

tet, aber zumindest lebt er und seine Angehörigen haben wieder etwas Hoffnung. Gerade erfahre ich, dass eine Freundin in Berlin die Gelegenheit hatte, mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier über Maksym zu sprechen, und es scheint, als wolle er die Initiative für seine Freilassung ergreifen. Alle Initiativen des Solidaritätsnetzwerks erfolgen in Absprache mit den Eltern und dem Freundeskreis.

Der Chef des ukrainischen Militärgheimdienstes, Kyrylo Budanov, informierte kürzlich, dass ein Austausch «Alle gegen Alle» verhandelt werde. Die Freilassung von 215 ukrainischen Soldaten Ende September löste im Land eine Welle der Begeisterung aus, vielleicht sogar mehr als die Befreiung der besetzten Gebiete im Nordosten. Dies war umso wichtiger, weil viele die Gefangenahme der Verteidiger von Asowstal als Verrat von der Staatsspitze empfunden hatten. Ich habe keine zuverlässigen Informationen über die aktuelle Gesamtzahl der ukrainischen Geiseln gefunden. Und noch etwas zu diesem Thema: Haben Sie den im September freigelassenen, furchtbar abgemagerten Soldaten gesehen, dessen rechter Arm deutlich kürzer war als der andere? Stellt Euch vor, er ist in seinem zivilen Leben Musiker, spielt Bassgitarre und legt einen unverwüstlichen Optimismus an den Tag. Es gibt hier wirklich viele Menschen, die für die Zukunft der Menschheit Hoffnung verströmen.

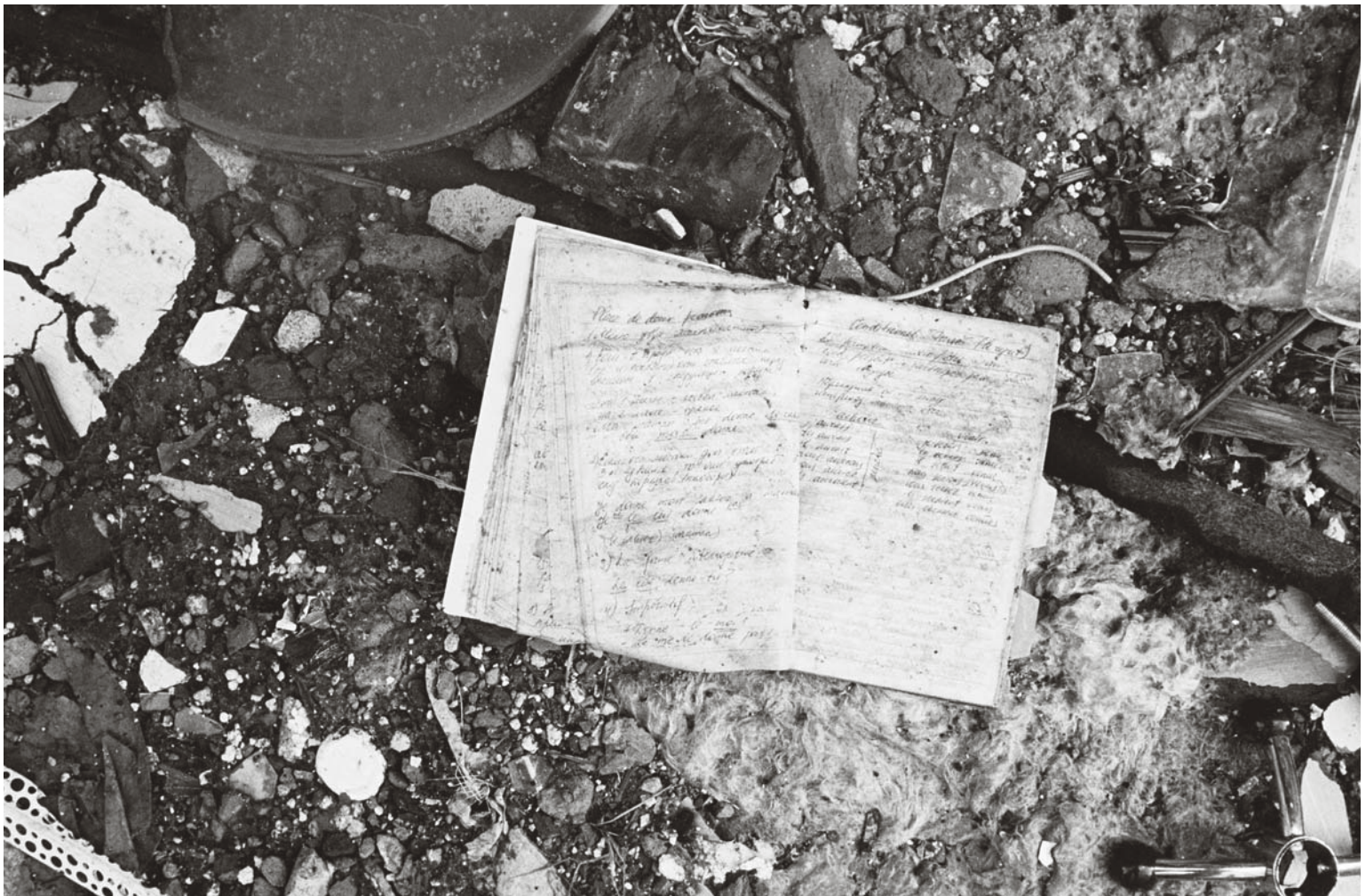
Um zu verstehen, was an der Front vor sich geht, sind die russischen Blogger:innen eine deutlich schnellere und informativere Quelle als die ukrainischen Medien. Ab und zu macht es jetzt auch Spass, sich Ausschnitte aus russischen Propaganda-Talkshows anzusehen. Abgesehen von der üblichen «Schlach-

tet sie alle ab»-Hysterie sieht man, dass sie langsam die Fassung verlieren: «Wo sind unsere Panzer? Wo war unsere Luftwaffe?!» und «Man muss all diese unfähigen Generäle barfuss an die Front schicken!» Werden diese Leute eines Tages vor Gericht stehen, wie die Verbrecher vom Radio der 1000 Hügel in Ruanda?

Es gibt nicht nur die Front. Die Massaker an der Zivilbevölkerung gehen unaufhörlich weiter. Unser Freund Livon, der für eine Flüchtlingsorganisation im Osten arbeitet, war besonders empört, als mehrere Boden-Luft-Raketen (!) auf einen Hilfskonvoi in der Nähe von Zaporijje (Saporischschja) abgefeuert wurden, wobei mehr als 30 Zivilist:inn-en getötet und zahlreiche verletzt wurden. Gemeinsam ist diesen Raketenangriffen, dass sie in militärischer Hinsicht den Besatzern nichts nützen, sondern lediglich die Bevölkerung terrorisieren sollen. Wir haben mehrere Freund:innen, die in den kürzlich befreiten Gebieten recherchieren und Zeugnisaussagen über Folterungen, vorsätzliche Tötungen, Vergewaltigungen, Raubüberfälle usw. zusammentragen. Der Fotograf Sasha Glyadyelov ist gerade aus dem Osten von Charkiw zurückgekehrt. Er war schockiert über die Menge an zurückgelassener Militärausrüstung, die Landschaft voller gefährlicher Gegenstände und die kolossalen Zerstörungen.

Tägliches Überleben

Unsere Währung Hryvna hat seit Beginn des Krieges 30 Prozent ihres Wertes verloren, aber weder die Löhne noch die Renten haben damit Schritt gehalten, ganz zu schweigen von den Menschen, die von staatlicher Sozialhilfe leben. Immerhin werden die Tankstel-



Schriftzeugnis eines früheren Lebens. Foto: Sasha Glyadyelov

len ständig beliefert und die Kraftstoffpreise bleiben stabil bei etwa 1,20 Euro/Liter. Der Staat überlebt dank der Unterstützung des Westens und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Freund:innen in der Verwaltung erzählen, dass dort das Chaos herrscht. Zum Beispiel im Bildungswesen kommt das Geld, das eigentlich schon längst ausgegeben ist, einfach nicht an, und die Behörde kumuliert grosse Schulden. Der Krieg frisst alle Ressourcen auf, doch auch hier deckt der Staat bei weitem nicht alle Bedürfnisse ab. Derzeit sammeln Freiwillige unter anderem, um warme Kleidung für die Armee zu kaufen. Es gibt unzählige Hilfsinitiativen, und es besteht kein Zweifel daran, dass die Ukraine nur dank dieser Initiativen die letzten sieben Monate überstanden hat. Zu den spektakulärsten Ergebnissen gehört, dass einer der grossen privaten Fonds kürzlich einen türkischen Satelliten gekauft hat, mit dessen Hilfe die gegnerischen Stellungen leichter zu finden sind. Ein Blogger sammelt auf Bitten seiner Freunde an der Front für den Kauf von zwei Kühlcontainern, in denen die im Kampf

Gefallenen gelagert werden sollen; wie soll man das ertragen?

In einer der nächsten Nachrichten werde ich gerne mehr über die fabelhafte Arbeit unserer Kolleginnen vom «Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ) in Uschhorod schreiben. Sie eröffnen demnächst zwei Zentren für Binnenvertriebene, eines davon speziell für Menschen mit Behinderungen. Ausserdem verteilen sie hunderte Tonnen humanitärer Hilfe und riesige Mengen an Medikamenten an medizinische Einrichtungen in allen Teilen des Landes.

Im Zentrum der Stadt Poltawa (südöstlich von Kyjiw) hat eine lokale Initiative eine ehemalige Stadtgärtnerei (0,6 ha) gerodet, um sie in einen Gemüsegarten für Binnenvertriebene umzuwandeln. Viele Freiwillige beteiligen sich daran und es wurde bereits Gemüse geerntet und an die Flüchtlingsunterkünfte verteilt. Die Saison neigt sich dem Ende zu, aber die Freiwilligen sind motiviert, im nächsten Jahr noch mehr zu tun. Poltawa ist ein sehr frucht-

bares Gebiet mit hervorragenden Böden. Dort leben Zehntausende von Geflüchteten.

Vielleicht schreibe ich auch ein anderes Mal ausführlicher über das Leben ausserhalb des Krieges, es gibt wie immer Gutes und Schlechtes: Zaghafte, aber zugleich sehr wichtige Schritte in der Justizreform; der absurde und gefährliche Abbau von Rechten der Arbeiter:innen und Angestellten; Korruption auf allen Ebenen trotz des Krieges und Machtkonzentration dort, wo es um grosse Geld geht, insbesondere im Energiebereich. Die Fäden werden wie immer von einigen Leuten aus dem Präsidentschaftsamt gezogen. Nach dem Krieg wird es in diesem Land neue Superreiche geben. Dennoch bleibe ich optimistisch; die Ukrainer und Ukrainerinnen sind keine Schafe. Demnächst werden wir uns wieder auf den Weg machen, um verschiedene Initiativen im Zentrum und im Osten der Ukraine zu treffen.

Jürgen Kräftner
Landwirt und Musiker

IRAN

Persischer Herbst

Der Mord an Masha Amini am 16. September durch die Sittenpolizei hat den Iran in Brand gesetzt und ist zum Symbol für die chaotische und repressive Stimmung geworden, die sich seit dem Amtsantritt von Ali Chamenei, zunächst als Präsident (1981 bis 1989) und dann als Oberster Führer der Islamischen Revolution, nur noch verschärft hat.

Auch wenn sich viele Stimmen zur Unterstützung dieser Revolte erheben und den Mut und die Energie der iranischen Jugend hervorheben, «ist es nicht der Mut, sondern die Verzweiflung, die sie antreibt», so die Journalistin Sarah Doraghi. Die Repression, die mit den Protesten wächst, lässt nichts Gutes erwarten.

Die ersten Proteste konzentrierten sich auf die Frage, ob man den Schleier tragen soll oder nicht, doch im Grunde geht es um viel mehr. Der Schleier ist heute eine Flagge, nicht nur ein Stoff, der die Köpfe der Frauen bedeckt, er ist das Symbol eines erdrückenden, erniedrigenden und dominierenden Systems. Und genau dieses Symbol der Herrschaft ist es, das die gesamte Bevölkerung heute auf den Strassen des Iran verbrennt.

Der Slogan «Frau, Leben, Freiheit» fordert ein Ende dieses hierarchischen Systems, von dem alles abhängt und das – unter dem Deckmantel der Religion – eine sexistische Herrschaft über die Frauen und über die gesamte Bevölkerung ermöglicht.

«Nun ist die islamistische Ideologie nicht der Islam. Indem sie die Scharia, die Religion als Gesetz, durchsetzt, wird die Macht de facto faschistisch, totalitär und antidemokratisch, da die Individuen nicht mehr politische Subjekte, sondern Subjekte Gottes sind». Laut der Soziologin Chala Chafik¹ handelt es sich heute um ein post-totalitäres Regime, da «selbst diejenigen, die diese Ideologie vorangetrieben haben, nicht mehr daran glauben». In der Tat – eine Besonderheit im Nahen Osten – ist der Atheismus im Iran immer wei-

ter verbreitet. Eine Art epidermische Abneigung gegen die Religion als Werkzeug zur Versklavung, hinter dem sich die Macht verbirgt. Eine Art zynische Ausbeutung der Religion für politische Zwecke, mit der sie sich als Garant für eine Erlösung im Jenseits aufspielt, während die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt und das Regime nichts für sie tut. Gleichzeitig verschleudert die «militaristisch-religiöse» Macht die Reichtümer des Landes, um ihrer geopolitischen Ideologie zu dienen. Laut Chala Chafik machten in den 1980er Jahren Linksliberale, die von der Idee des dominierenden Westens besessen waren, den Fehler, die faschistoide Kraft des Islamismus nicht zu analysieren.

Nachdem Ayatollah Khomeini den Antimperialismus und das Misstrauen gegenüber dem Westen für sich ausgespielt hatte, statete er das Land mit parallelen militärischen Organen aus, die nicht davor zurückschreckten, jede Gruppe, die sich dem Regime widersetze oder es kritisierte, zu massakrieren, einzusperren und aufzulösen.

Mit blossen Händen

Bereits 1979 wurde das Korps der islamischen Revolutionswächter eingerichtet, das aus mehr als 130.000 Männern besteht, auf die die reguläre Armee des Regimes keinen Einfluss hat. Ein Organ, das viele Schlüsselsektoren wie Öl, Häfen, Bauunternehmen, Schiffbau und Telekommunikation in seinen Händen hält. Andererseits sind die Bassidschis², die von

klein auf ausgebildet werden, in alle Schichten der Gesellschaft eingeschleust. Eine Art unsichtbare Miliz also, die noch grausamer ist als die politische Polizei zur Zeit des Schahs. Die Bassidschi sind sich der Bedeutung des Internets und seiner Nutzung durch die Opposition³ bewusst und versuchen, ihre eigenen Blogger auszubilden und ihren Einfluss in den Netzwerken zu festigen. Sie setzen ihre Kräfte vor allem bei regierungsnahen Kundgebungen ein. So versammelten sich beispielsweise im März dieses Jahres tausende Bassidschi-Mädchen, um Massnahmen gegen Mädchen zu fordern, die den islamischen Schleier falsch tragen.

Das Internet spielt in der Widerstandsbe-
 wegung eine zentrale Rolle. Es ist das Mittel, mit dem die Jugend eine Vorstellung von Freiheit aufbauen konnte, ein Raum, in dem Pseudonyme es ermöglichen, sich trotz Zensur auszudrücken. Es ist auch über die sozialen Netzwerke, dass die Mobilisierungen organisiert und aufrechterhalten werden. Die Machthaber kappen regelmässig den Internetzugang und versuchen, sich von ihrer chinesischen Unterstützung für ein «nationales Internet» inspirieren zu lassen. Die Bevölkerung braucht dieses Sprachrohr, um der Welt die Gräueltaten mitzuteilen, die gerade geschehen. Denn es handelt sich um ein Volk, das mit blossen Händen einer bis an die Zähne bewaffneten Macht gegenübersteht.

Im Gegensatz zu früheren Aufständen sind in Stadt und Land alle sozialen Schichten mobilisiert und es ist heute die gesamte Bevölkerung, die sich diesem Regime widersetzt, eine Bevölkerung, von der 70 Prozent unter 30 Jahre alt sind. Und obwohl es die Frauen waren, die den Aufstand initiiert haben, haben sich ihnen die Männer schnell angeschlossen. Jeden Tag werden neue Mittel des Kampfes und der Solidarität erfunden, um der wachsenden Repression zu begegnen.

Während wir dies schreiben, scheint es, dass schwerere Mittel gegen die Bevölkerung eingesetzt werden, Panzer werden ebenso mobilisiert wie ausländische (libanesisch, pakistanisch, afghanisch) Unterdrückungsbrigaden. Auch

die Kurdinnen und Kurden griffen das Thema auf und forderten bei dieser Gelegenheit ihren Willen zur Autonomie ein, indem sie skandierten, dass «Kurdistan der Friedhof der Faschisten sein wird»⁴. Die staatlich gelenkte Presse verweist auf «konservative terroristische Kräfte», welche die Bevölkerung manipulieren würden, und auf «die Feinde des Irans», die vom Westen aus die Fäden ziehen würden, um einen «Bürgerkrieg» zu entfachen. Laut Chala Chafik ist der Iran ein soziales Laboratorium für den gesamten Nahen Osten, aber auch für die ganze Welt.

Einige westliche Regierungen rühmen sich ihrer Unterstützung für die iranischen Frauen während sie gleichzeitig nicht davor zurückschrecken, die grundlegendsten Frauenrechte in ihren eigenen Ländern anzugreifen. So wie in Italien, wo Giorgia Meloni im Namen ultratraditioneller und christlicher Positionen mit dem Motto «Gott, Vaterland, Familie» unter anderem das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Frage stellt. Oder wie in Frankreich, wo die Ordnungskräfte angewiesen wurden, eine Solidaritätsdemonstration mit iranischen Frauen niederzuknüppeln. Was derzeit

geschieht, ist ernst. Tausende Zivilist-innen riskieren ihr Leben, und es ist an der Zeit, dass die führenden Politiker-innen der Welt sich dem Massaker, das im Iran stattfindet, entschiedener widersetzen.

Elisa Tossi,
 Radio Zinzine

1. Iranische Soziologin und Autorin, die in Frankreich im Exil lebt, nachdem sie sich Ende der 1970er Jahre gegen den Schah engagiert hatte und mit der gewaltsamen Monopolisierung der Macht durch die Mullahs konfrontiert wurde. Auf Radio Zinzine kann man sie in «Iran, la colère von Chalah Chafiq»:
www.zinzine.domainepublic.net/?ref=7505 hören.

Ebenfalls auf Zinzine, «Comme un poisson sans bicyclette N°57 – Femmes sur tous les fronts» befasst sich mit den Mobilisierungen im Iran sowie mit ihrer Vereinnahmung durch «die italienischen Rechten», um ihre Islamophobie zu bedienen, während sie alle Facetten der Frauenrechte angreifen:
www.zinzine.domainepublic.net/?ref=7468

2. Eine paramilitärische Truppe, die von Ayatollah Khomeini gegründet wurde, um junge, meist benachteiligte und arbeitslose Freiwillige für die Elitetruppen im Iran-Irak-Krieg bereitzustellen. Die Bassidschi sind derzeit ein Zweig der Islamischen Revolutionsgarden, die für die innere und äussere Sicherheit des Irans zuständig sind.

3. Insbesondere die Anhänger-innen der Grünen Bewegung, die die Wiederwahl von Mahmoud Ahmadinejad zum Präsidenten des Landes anfechten.

4. Es sei daran erinnert, dass Mahsa Amini Kurdin war und dass der Slogan Jin, Jiyan, Azadi (Frau, Leben, Freiheit) ein kurdischer feministischer Slogan ist.



Karikatur: Marco Melgrati

Archipel
 Monatszeitung des
 Forum Civique

Schweiz:
 Postfach 1848,
 CH-4001 Basel
 Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
 Löblik 16
 A-9135 Zelezná Kapla
 Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
 Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
 D-17159 Dargun
 Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
 St. Hyppolite
 F-04300 Limans
 Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
 vul. Peremogi 70
 UKR-90440 Nischnje Selischtsche
 Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Der schwarze Stiefel

Dieser Artikel ist das Resultat von Begegnungen und Gesprächen, die ich am Tag nach den Wahlen in Italien führen konnte. Darin spiegeln sich die Enttäuschung, die Ängste und die Ernüchterung der Wählerinnen angesichts einer Politik wider, die nicht in der Lage ist, Antworten auf die dringenden Probleme eines krisengeschüttelten Landes zu geben, das eine leichte Beute für den «post»-faschistischen Populismus ist.

Es sei daran erinnert, dass die junge Giorgia Meloni 1996 sagte: «Ich glaube, Mussolini war ein guter Politiker. Das heisst, alles, was er getan hat, hat er für Italien getan. Und das findet man nicht bei den Politikern, die wir in den letzten 50 Jahren hatten.»

Das Ergebnis der italienischen Wahlen hat die Prognosen vom Vortag bestätigt. Die rechtsextreme Partei Fratelli d'Italia (FI) hat mit 26 Prozent der Stimmen einen klaren Sieg errungen und in Koalition mit Berlusconi Forza Italia und Salvini's Lega 44 Prozent erreicht. Gleichzeitig hat die Linke, insbesondere die Demokratische Partei, eine Niederlage erlitten, da sie nur 19 Prozent der Stimmen bekam. Angesichts eines solchen Ergebnisses ist es dringend notwendig, den Hintergrund dieser Zahlen besser zu verstehen.

Es ist sicherlich beeindruckend, dass die am weitesten rechtsstehende Partei im Parlament zur stärksten Partei in Italien wird, aber man darf nicht vergessen, dass Fratelli d'Italia, allen voran Giorgia Meloni, die einzige Oppositionspartei in der vorherigen Regierung unter dem Vorsitz von Mario Draghi war. Diese Tatsache hat ihr sicherlich in die Karten gespielt, denn in den Augen der Wählerinnen und Wähler verkörpert FI heute die Partei des «Bruchs» mit dem Establishment.

Die Exekutive der Regierung Draghi hat sich in letzter Zeit nicht gerade beliebt gemacht: Sie musste sich mit der heiklen Problematik der Pandemie auseinandersetzen. Noch schlimmer für die Wählerinnen war jedoch die Energiekrise, die zu einem unglaublichen Anstieg der Gas- und Stromrechnungen für Haushalte und Unternehmen geführt hat. Man kann sagen, dass sich die italienische Bevölkerung im Stich gelassen fühlte, da keine Massnahmen zur Linderung dieser Krise in Betracht gezogen worden waren. G. Meloni, die sich in der Opposition immer ruhig in ihrer Ecke gehalten hat, wird heute als das einzige Element der Diskontinuität mit der vorherigen Regierung wahrgenommen. Dies belohnt sicherlich Fratelli d'Italia, bestraft aber die beiden anderen Parteien der Mitte-Rechts-Koalition, Forza Italia und die Lega, die hingegen Teil der Draghi-Regierung waren und daher unerwartet schlecht abschnitten.

Entfremdung einer Mehrheit

Bei der Betrachtung der Wahlergebnisse darf man eine grundlegende Tatsache nicht vergessen: Die grösste Partei Italiens ist in Wirklichkeit die Partei der Nichtwähler (64 Prozent).

In den letzten 50 Jahren hat sich das Verhältnis zwischen den Wählerinnen und der politischen Klasse in Italien immer weiter verschlechtert, da sich die grosse Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr von einer politischen Partei vertreten fühlt. Diese Entfremdung führt zu einer sehr hohen Wahlenthaltungsrate, die in diesem Jahr um weitere 10 Prozent gestiegen ist.

Man darf auch nicht die strategischen Fehler der Linken vergessen, insbesondere der Demokratischen Partei (PD), die bei den letzten Wahlen quasi alles falsch gemacht hat. Das italienische Wahlgesetz, ein komplexes und ziemlich verdrehtes Gesetz, belohnt die siegreiche Koalition. Es ist daher offensichtlich, dass man als Teil einer starken Koalition in die Wahlen gehen muss, was die PD nicht geschafft hat. Sie hätte eine Koalition mit der Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento 5 Stelle - M5S) eingehen müssen, aber da die Fünf-Sterne-Bewegung den Sturz der Regierung Draghi herbeigeführt hatte, war dies nicht möglich. Die Kluft zwischen der PD und der M5S ging nicht mehr zu. Die PD trat daher nicht allein, sondern zusammen mit zwei anderen kleinen Parteien zu den Wahlen an, während die M5S allein antrat (und wider Erwarten zur drittstärksten politischen Kraft des Landes wurde).

Die Demokratische Partei führte auch eine sehr schlechte Wahlkampagne, die sich um die Angst vor der Rückkehr des Faschismus und die Gefahr eines Abgleitens in die Diktatur drehte. Sicherlich handelt es sich hierbei nicht um eine unbegründete Angst, aber es fehlte völlig an Vorschlägen zur Bewältigung der praktischen und dringenden Probleme der Bevölkerung. Mit all diesen geschichts- und ideologiegetränkten Reden hat man sich den Wählerinnen und ihren Sorgen sicherlich nicht angenähert. Es gibt schon seit langem eine Krise in der Beziehung zwischen der PD und der Bevölkerung: die Krise der Beziehung einer Partei zu ihrer eigenen Basis. Die PD wird nun als eine Partei wahrgenommen, die mit den Bankensystemen und der Grossindustrie verbunden ist. Sie spricht immer weniger über die Probleme der Arbeitnehmerinnen, den Arbeitsmarkt und die alltäglichen Probleme der italienischen Bevölkerung. Leider muss ich hier erwähnen, dass das Gegenteil der Schlüssel zum Erfolg des M5S bei diesen Wahlen war. Das M5S hat ein Programm mit sehr einfachen, aber konkreten Punkten vorgeschlagen, das sehr populär ist. Er schlug vor, das allgemeine Einkommen

beizubehalten, einen Mindestlohn einzuführen, die Prekarisierung der Arbeit zu bekämpfen und sogar die Arbeitszeiten zu verkürzen. Aber das ist eine andere Geschichte.

Klima der Spaltung

Viel dringender ist die Frage, wie die ersten Schritte der neuen Regierung aussehen werden. Ganz am Anfang wird sie sicherlich beweisen wollen, dass sie tatsächlich ein Element der Diskontinuität im Vergleich zu allen vorherigen Regierungen ist. Sie wird ihre Identität markieren wollen, indem sie etwas «wirklich Rechtes» tut. Wie Gianfranco Schiavone, Vizepräsident der Vereinigung für juristische Studien zur Immigration in Italien, sagte, wird sie sicherlich wie in der Vergangenheit ein Klima der Spaltung und der sozialen Feindseligkeit gegenüber Migrantinnen im Allgemeinen schaffen wollen. Sie wird an zwei Fronten agieren: Zum einen wird sie Seerettung verhindern. Sie wird gegen NGOs vorgehen, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bereits eingeschritten ist, um klarzustellen, dass Rettungsaktionen völlig legal sind, selbst wenn sie von kommerziellen Schiffen oder Sportbooten durchgeführt werden, die nicht dazu bestimmt sind, Menschen zu retten.

Die zweite Interventionslinie besteht darin, den «besonderen Schutz», der den «humanitären Schutz» ersetzt hat, zu reduzieren oder sogar abzuschaffen. Das Wahlprogramm der rechten Koalition zum Thema Migration war ein Sammelsurium von ziemlich gewalttätigen Vorschlägen. Die verwendete Sprache war, wie üblich, eine kriegerische Sprache. Es geht um die Auswirkungen einer Politik, die sich unter dem Deckmantel, für Sicherheit zu kämpfen, von Unsicherheit ernährt.

Neben dem Versuch, sich als rechte Regierung zu identifizieren, wird es aber auch darum gehen, Europa zu beruhigen, denn die Fratelli d'Italia weiss sehr wohl, dass sie in vielen Staatskanzleien nicht gern gesehen ist. Man wird also versuchen müssen, die Beziehungen zu Europa, insbesondere zu Frankreich und Deutschland, zu normalisieren, um nicht Gefahr zu laufen, an den Rand gedrängt zu werden, zusammen mit Polen und Ungarn, die nun die Länder sind, deren Regierungsform am ehesten derjenigen ähnelt, die sich gerade in Italien etablieren will.

Die rechtsextreme Partei wird auch eine Verfassungsreform vorschlagen, die Italien in eine Präsidialrepublik verwandeln könnte, eine Debatte, die sicherlich hitzig werden wird, da die Italienerinnen sehr an ihrer Verfassung hängen, die das Ergebnis des Widerstandes gegen den Faschismus ist. Aber dieses Thema verdient einen eigenen Artikel. Vorerst bleibt uns nur zu hoffen, dass diese Regierung nicht lange Bestand haben wird. Feindseliger Wind aus Europa und angespannte interne Beziehungen wie die zwischen Giorgia Meloni und Matteo Salvini könnten verhindern, dass die neue Regierungschefin das Ende ihrer fünfjährigen Amtszeit erreicht – eine italienische Konstante, die den Schaden begrenzen könnte. Wer im Falle eines Sturzes eingreifen wird und wie, bleibt leider eine unbeantwortete Frage. Der Horizont ist schwarz und dieser Ausdruck ist leider nicht nur eine Metapher.

Barbara Vecchio